

## Krieg und Wiederaufbau – Rathenau als Krisenmanager und Wirtschaftssachverständiger

Das Kolloquium zur Liberalismus-Forschung 2022 über Leben, Wirken und Wirkung Walther Rathenaus fokussierte neben der Biographie Rathenaus in allen Sektionen die Geschichte des Liberalismus in der Weimarer Republik.<sup>1</sup> Damit wäre mit Blick auf die Kriegswirtschaft im vorliegenden Zusammenhang ein Akkord aus „organisiertem Kapitalismus“<sup>2</sup>, organisiertem Liberalismus und der Persönlichkeit Walther Rathenaus intendiert, der aus wirtschaftshistorischer Perspektive kaum zu fassen ist. Einerseits schließen sich nämlich kriegswirtschaftlicher Kapitalismus und (wirtschafts-)liberale Vorstellungen gleichsam naturgesetzlich aus. An dem schwierigen Verhältnis Rathenaus zum organisierten Liberalismus hat sich andererseits bereits Jürgen Frölich dezidiert abgearbeitet und festgestellt, dass Rathenau nach den Maßstäben des Neoliberalen Friedrich August von Hayek sicherlich „kein lupenreiner Liberaler“ gewesen sei.<sup>3</sup> Frölichs auf den ersten Blick verlegen-resümierende Bezeichnung Rathenaus als „Liberaler sui generis“ wird schließlich aber auch von anderen geteilt.<sup>4</sup> Hayek hat Rathenau demgegenüber mit Blick auf die Wirkungsgeschichte seiner „Wirtschaftsanschauungen“ als „Rohstoffdiktator“ bezeichnet.<sup>5</sup> Rathenaus vielfältige wirtschaftspolitische Tätigkeit, die jener als unparteiisch bzw. überparteilich, als „Fachmann für die Lösung praktischer Probleme“, also gerade nicht als

- 1 Vgl. Walther Rathenau. Grenzgänger zwischen Kaiserreich und Republik. In: H-Soz-Kult, 19.10.2022, <<https://www.hsozkult.de/event/id/event-130424>> (8.2.2023).
- 2 Vgl. Gerald D. Feldman: Der deutsche Organisierte Kapitalismus während der Kriegs- und Inflationsjahre 1914–1923. In: Heinrich A. Winkler (Hrsg.): Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge. Göttingen 1974, S. 150–171.
- 3 Vgl. Jürgen Frölich: Der organisierte Liberalismus und Walther Rathenau. Neun Jahrzehnte einer schwierigen Beziehung. In: Karl-Heinz Hense/Martin Sabrow (Hrsg.): Leitbild oder Erinnerungsort? Neue Beiträge zu Walther Rathenau. Berlin 2003, S. 15–30, hier S. 29.
- 4 Vgl. ebd., S. 30; Hans F. Loeffler: Walther Rathenau – ein Europäer im Kaiserreich. Berlin 1997, S. 125–139; in diesem Sinne aber auch Ernst Schulin: Walther Rathenau. Repräsentant, Kritiker und Opfer seiner Zeit. 2. Aufl. Göttingen/Zürich 1992, S. 48–52. Vgl. zu dieser Frage auch den Beitrag von Ewald Grothe in diesem Band.
- 5 Friedrich A. Hayek: Der Weg zur Knechtschaft. Reinbek/München 2014, S. 163 f.

Parteipolitiker, sondern als Sachverständiger oder Fachminister verstand,<sup>6</sup> lässt Hayek dabei gänzlich außer Acht: neben Rathenaus Organisation und Leitung der Kriegsrohstoffabteilung (13. August 1914 bis 31. März 1915), dessen Tätigkeit in der zweiten Sozialisierungskommission (April 1920 bis 30. Mai 1921), als Kohlsachverständiger für die Konferenz von Spa (5. bis 9. Juli 1920), als Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrates (23. Juli 1920 bis 24. Juni 1922), als Reichsminister für Wiederaufbau (18. Mai bis 25. Oktober 1921) sowie als Sonderbeauftragter, d.h. als außenpolitischer Kontaktmann zu den Westmächten, zudem die „halbamtliche[n] Fühlungen mit politischen und Finanzkreisen“ in London, mit Mitgliedern der Reparationskommission in Paris sowie die Leitung der deutschen Delegation auf der Konferenz in Cannes 1921/22.<sup>7</sup>

### *1. Gang der Untersuchung und Konzept zur Annäherung an Rathenau*

Gegen die Beurteilung Hayeks, gegen die Annahme eines „Rohstoffdiktators“ in der Person Rathenaus ist einzuwenden, dass in Krisenzeiten, um die es hier gehen soll, nicht selten manche Ideologie über Bord geworfen werden muss. Das wurde der Öffentlichkeit angesichts des Krieges in der Ukraine gerade wieder durch den – der Sicherstellung von Gaslieferungen dienenden – Besuch des grünen Bundesministers für Wirtschaft und Klimaschutz, Robert Habeck, beim Emir von Katar in Erinnerung gerufen.<sup>8</sup> Anders formuliert: „Ehe die Köpfe fallen, fallen die Grundsätze.“<sup>9</sup> Wenn aber die Wirklichkeit mächtiger ist als Glaubenssätze dies sind, macht es durchaus Sinn, im hier zu betrachtenden Kontext Rathenaus sozial- und kulturphilosophische, damit aber auch seine parteipolitischen Weltanschauungen auszuklammern und sich mit Hilfe des bereits bei Hans Dieter Hellige anklingenden „wirtschaftszentrierten“ Konzepts Rathenau zu nähern. Hierbei ist die Feststellung Peter Berglars hilfreich, dass Einflüsse aus der praktischen wirtschaftlichen Erfahrung Rathenaus in seine

6 Vgl. Jörg Hentzschel-Fröhlings: Walther Rathenau als Politiker der Weimarer Republik. Husum 2007, S. 16 und S. 138.

7 Vgl. ebd., S. 23–26; Peter Berglar: Walther Rathenau. Ein Leben zwischen Philosophie und Politik. Graz/Wien/Köln 1987, S. 240.

8 Vgl. „Ein Signal auch an Putin“. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), Nr. 67 vom 21. März 2022.

9 Berglar: Walther Rathenau (wie Anm. 7), S. 230.

„theoretischen Schriften ein[flossen]; nicht umgekehrt.“<sup>10</sup> In der Folge erscheint nicht nur die Persönlichkeit Rathenaus, sondern auch sein wirtschaftspolitisches Handeln sehr „viel weniger widersprüchlich, zerrissen und rätselhaft. [...] Die höhere Konsistenz einer Deutung aus einer einzigen gesellschaftlichen Position heraus [...] [gelingt] freilich nur dann, wenn man hauptsächlich sein aktives Handeln und die Schriften mit starkem Wirtschaftsbezug“ betrachtet.<sup>11</sup> Um zu einer sachgerechten Bewertung Rathenaus als Krisenmanager und Sachverständiger zu gelangen, soll deshalb im Folgenden Rathenaus Agieren angesichts der Rohstoffkrise zu Beginn des Ersten Weltkrieges, im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Demobilisierung und besonders mit Blick auf die aus dem Versailler Vertrag resultierenden Reparationsforderungen unter Zuhilfenahme dieses Konzeptes nachgezeichnet werden, um so die Gründe für Rathenaus Erfolge sowie Misserfolge analysieren zu können. Diesbezüglich markieren gerade auch dessen Erfahrungen in der zweiten Sozialisierungskommission sowie im vorläufigen Reichswirtschaftsrat eine wichtige Wegscheide – die folgende kurze Analyse der Tätigkeit in der Sozialisierungskommission mit Hilfe des wirtschaftszentrierten Konzeptes soll somit gleichsam als ‚Test‘ für dessen Anwendbarkeit dienen.

Gegen den Abschlussbericht der ersten Sozialisierungskommission, der er nicht angehören durfte, weil er zu jener Zeit aufgrund eines Artikels in der Vossischen Zeitung vom 7. Oktober 1918 als „Kriegsverlängerer“ galt,<sup>12</sup> hat Rathenau noch öffentlich protestiert: „Er wollte seine ‚neue Wirtschaft‘ verwirklicht sehen, nicht eine vage sozialistische Rahmengesetzgebung.“<sup>13</sup> Selbst als er Mitglied der zweiten, zunächst die Sozialisierung des Kohlenbergbaus und der Kali-Industrie erörternden Kommission geworden war, hoffte er anfangs immer noch, seine gemeinwirtschaftlichen Vorstellungen<sup>14</sup> würden ihren Weg in ein reformiertes Kohlenwirtschaftsgesetz finden. Im Zusammenhang mit dem Scheitern der gemeinwirtschaftlichen Bewegung insgesamt, angetrieben vielleicht auch durch den geringen Einfluss des Beratungsgremiums, forderte er schließlich aber, in der Soziali-

10 Ebd., S. 223.

11 Hans Dieter Hellige: Vom Wirtschaftsorganisator zum Pionier einer „dauerhaften Wirtschaft“. Eine neue Sicht auf Walther Rathenaus Wirtschaftsauffassung. In: Mitteilungen der Walther Rathenau Gesellschaft, Nr. 8 (1998), S. 8–25, hier S. 8.

12 Vgl. Gerhard Hecker: Walther Rathenau und sein Verhältnis zu Militär und Krieg. Boppard am Rhein 1983, S. 471–473.

13 Christian Schölzel: Walther Rathenau. Eine Biographie. Paderborn/München/Wien/Zürich 2006, S. 283.

14 Zum Verständnis des Konzeptes Rathenaus von der Gemeinwirtschaft vgl. Hellige: Vom Wirtschaftsorganisator (wie Anm. 11), S. 10–18.

sierungskommission möge man die „Wirklichkeit zur Richtschnur seiner Veränderungsvorschläge“<sup>15</sup> machen. Zu dieser Wirklichkeit gehörte die Befürchtung, die Alliierten könnten deutsches Staatseigentum – und damit sozialisierte Industrie – zur Tilgung der Kriegsschulden beschlagnahmen. Insofern votierte Rathenau jetzt deutlich für das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die hergebrachte kapitalistische Wirtschaftsweise. Nunmehr vertrat er den Standpunkt,

„daß wir heute in einer kapitalistischen Wirtschaft leben und daß es nicht unsere Aufgabe ist[,] einen einzelnen Betriebszweig so zu behandeln, als ob er in einer anderen Gesellschaft lebe, das heißt an ihm zu seinem Schaden, zu seinen Lasten Sozialisierungen vorzunehmen, die nicht mit dem allgemeinen Leben der Wirtschaft hinsichtlich der Gerechtigkeit der Prinzipien übereinstimmen.“<sup>16</sup>

Nach Ernst Schulin klang das „enttäuschend unsozialistisch“<sup>17</sup>. Der von Rathenau vorgelegte Sozialisierungsplan ist deshalb auch als „geschmeidig“, raffiniert und taktisch hinhaltend bezeichnet worden; diesem hätte eigentlich sowohl jeder Sozialist als auch jeder Schwerindustrielle zustimmen können.<sup>18</sup> Die Sozialisierungskommission blieb dennoch uneinig; neben Rathenaus mäßigendem Vorschlag lag ein radikaler zur sofortigen vollen Verstaatlichung des Kohlebergbaus vor. Ohne die beiden divergierenden Vorschläge überhaupt ernsthaft zu würdigen, verwies die Reichsregierung diese an den als ihr Beratungsorgan fungierenden Reichswirtschaftsrat.<sup>19</sup> Dort wiederum wurde die „ganze Frage [...] in Ausschüsse verwiesen, also vertagt“.<sup>20</sup> Es verwundert insofern nicht, dass der tatkräftige Rathenau hier ähnlich enttäuschende Erfahrungen machte wie in der Sozialisierungskommission; beide Gremien gelten in der historischen Forschung als „two uniquely ineffectual bodies with an increasing reputation for talking all proposals to death.“<sup>21</sup> Rathenau blieb zwar formal deren Mitglied, zog sich aber bald von der aktiven Arbeit in der Sozialisierungskommission zurück, auch weil er sich als Minister für das Wiederaufbauministerium zur Verfügung stellte.<sup>22</sup>

15 Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 13), S. 295.

16 Zitiert nach Schulin: Walther Rathenau (wie Anm. 4), S. 106.

17 Ebd.

18 Vgl. Hentzschel-Fröhlings: Walther Rathenau (wie Anm. 6), S. 87 f.

19 Zum vorläufigen Reichswirtschaftsrat vgl. Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 13), S. 296 f.; Hentzschel-Fröhlings: Walther Rathenau (wie Anm. 6), S. 98–100.

20 Lothar Gall: Walther Rathenau. Portrait einer Epoche. München 2009, S. 221.

21 Gerald D. Feldman: The Great Disorder. Politics, Economics and Society in the German Inflation, 1914–1924. New York/Oxford 1997, S. 354.

22 Vgl. hierzu insgesamt Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 13), S. 282–297.

In der folgenden Zeit lässt sich schließlich in Rathenaus realpolitischem Handeln der Stellenwert ablesen, den er dem Wirtschaftlichen beimaß. Er selbst hat es in einer Rede vor dem Reichsverband der Deutschen Industrie in München 1921 so formuliert:

„Am 2. Oktober 1808 fand eine Besprechung der beiden größten Menschen ihrer Zeit, nämlich Napoleons und Goethes in Erfurt statt. Die beiden Männer sprachen über Dramatik. Es war die Rede von den Schicksalsdramen, die damals aufgekommen waren, und Napoleon sagte: ‚Was will man immer von dem Schicksal? Politik ist das Schicksal!‘ Dieses große Wort ist hundert Jahre lang wahr geblieben, es ist in den letzten Jahren der Kriegsentscheidung auf seinen Gipfel gestiegen, und es lastet mit seiner ganzen Schwere auf uns. Aber auch dieses Wort hat seine begrenzte Dauer. Es wird der Tag kommen, wo es sich wandelt, und wo das Wort lautet: Die Wirtschaft ist das Schicksal. Schon in wenigen Jahren wird die Welt erkennen, daß die Politik nicht das Letzte entscheidet.“<sup>23</sup>

## 2. Im Angesicht der Rohstoffkrise

Dass die Wirtschaft das Schicksal ist und die Wirklichkeit zur Richtschnur von Rathenaus Tätigkeit werden sollte, zeigte bereits die Materialkrise in den ersten Wochen des Ersten Weltkrieges. War die Kriegsfinanzierung langjährig vorbereitet worden,<sup>24</sup> zeichnete sich der Ernährungs- und Rohstoffsektor durch „verhängnisvolle Unterlassungen“<sup>25</sup> aus, was sich spätestens angesichts der gegen das Reich verhängten alliierten See-, und das hieß: Handelsblockade als folgenreich erweisen musste. Eine von Rathenau als Leiter der Kriegsrohstoffabteilung initiierte Umfrage unter den Lieferanten des Kriegsministeriums sollte als eine seiner ersten Amtshandlungen zu Tage fördern, dass die wenigsten kriegswichtigen Rohstoffe für ein Jahr zur Verfügung standen, für die meisten Rohstoffe war die Verfügbarkeit „erheblich geringer“.<sup>26</sup> Der im AEG-Kabelwerk Oberspree tätige, auf Kupfer angewiesene Ingenieur Wichard von Moellendorff machte Rathenau schon am 8. August 1914 in einem Brief auf dieses Problem aufmerksam, in dem

23 Rede auf der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Gehalten in München am 28. September 1921. In: Walther Rathenau: Gesammelte Reden. Berlin 1924, S. 264.

24 Vgl. Peter Czada: Ursachen und Folgen der großen Inflation. In: Harald Winkel (Hrsg.): Finanz- und wirtschaftspolitische Fragen der Zwischenkriegszeit. Berlin 1973, S. 9–43, hier S. 12.

25 Hans-Georg Fernau: Die Beziehungen zwischen Krieg und Wirtschaft in ihren historischen Wandlungen. Eschwege 1956, S. 39. Zitiert nach: Hecker: Walther Rathenau (wie Anm. 12), S. 202.

26 Vgl. Walther Rathenau: Deutschlands Rohstoffversorgung. Vortrag, gehalten in der „Deutschen Gesellschaft 1914“ am 20. Dezember 1915. In: Ders.: Gesammelte Schriften in fünf Bänden. Band 5. Berlin 1918, S. 30 f.

er zudem die staatliche Kontrolle des Rohstoffverbrauchs anregte. Es ist hier nicht der Platz, Rathenaus Überlegungen zur Rohstoffsicherung mittels Invasion im Westen auszuführen,<sup>27</sup> die – zumindest aus der historischen Perspektive – als zwiespältig<sup>28</sup> zu bewerten sind. Unstrittig jedenfalls führte der Moellendorffsche Brief durch Rathenaus maßgebliche Initiative schnell zu einer zentralisierten, reichsweiten Rohstoffbewirtschaftung unter dem Dach des preußischen Kriegsministeriums. Rathenau bekam – in einer dem Rang eines Generals entsprechenden Dienststellung<sup>29</sup> – zur Wahrung militärischer Formen gemeinsam mit Oberst Walter Oehme am 13. August 1914 vom preußischen Kriegsminister Erich von Falkenhayn die Leitung der Kriegsrohstoffabteilung (KRA) übertragen.<sup>30</sup> Der später von den beiden Initiatoren geführte ‚Urheberstreit‘ ist an dieser Stelle ebenfalls unerheblich, denn wenn auch der „Kerngedanke“ der Rohstoffbewirtschaftung von Moellendorff stammte, war nur Rathenau mit seiner Autorität, der zudem Zugang zu Kaiser und Regierung hatte, „in der Lage, über alle Ressorthindernisse hinweg den wirklichen Aufbau der deutschen Kriegswirtschaft in die Wege zu leiten.“<sup>31</sup>

Die Kriegsrohstoffabteilung entwickelte sich schnell zu einer obersten Reichsbehörde mit am Schluss gut 2.500 Mitarbeitern, der die Erfassung der Rohstoffbestände, deren Aufkauf sowie die Schätzung des Bedarfs mit anschließender Zuweisung bzw. Verkauf vorhandener Rohstoffe nach kriegswirtschaftlichen Prioritäten zu festgesetzten Preisen oblag.<sup>32</sup> Mit der Rohstoffbeschaffung aus neutralen Staaten und besetzten Gebieten sowie der Entwicklung und Produktion von Ersatzstoffen, darunter die Herstellung von Kunstfasern sowie die synthetische Herstellung von Stickstoff durch das Haber-Bosch-Verfahren, ging deren Tätigkeit allerdings schon

27 Vgl. hierzu Hecker: Walther Rathenau (wie Anm. 12), S. 206.

28 Vgl. Schulin: Walther Rathenau (wie Anm. 4), S. 68; Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 13), S. 179–181.

29 Vgl. Hecker: Walther Rathenau (wie Anm. 12), S. 214.

30 Vgl. Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 13), S. 175 f.

31 Arthur Dix: Wirtschaftskrieg und Kriegswirtschaft. Zur Geschichte des deutschen Zusammenbruchs. Berlin 1920, S. 378.

32 Vgl. Rathenau: Deutschlands Rohstoffversorgung (wie Anm. 26), S. 23–58. Ein guter, kurzer Abriss zur KRA und den Kriegsgesellschaften findet sich bei Thomas Flemming/Bernd Ulrich: Heimatfront. Zwischen Kriegsbegeisterung und Hungersnot – wie die Deutschen den Ersten Weltkrieg erlebten. München 2014, S. 120–127; detailliert und differenziert dazu Hecker: Walther Rathenau (wie Anm. 12), S. 218–237. Zur Organisation der Kriegswirtschaft im wirtschaftshistorischen Kontext Marcel Boldorf: Wirtschaftliche Organisation und Ordnungspolitik im Ersten Weltkrieg. In: Ders./Rainer Haus (Hrsg.): Die Ökonomie des Ersten Weltkriegs im Lichte der zeitgenössischen Kritik. Berlin/Boston 2016, S. 139–173, sowie ausführlicher: Marcel Boldorf: Ordnungspolitik und kriegswirtschaftliche Lenkung. In: Ders. (Hrsg.): Deutsche Wirtschaft im Ersten Weltkrieg. Berlin/Boston 2020, S. 23–65.

bald weit über die ursprüngliche Aufgabe hinaus. Das wird verständlich, wenn man sich klarmacht, dass zur Zeit des Ersten Weltkrieges die Herstellung von Munition auf einer Stickstoffverbindung beruhte. Da das Reich von entsprechenden Salpeter-Lieferungen aus Chile abgeschnitten war, wurde von Rathenau als Leiter der KRA deshalb auch umgehend der Bau neuer Chemiefabriken zur synthetischen Herstellung genehmigt.<sup>33</sup>

Ansonsten wurden alle vorhandenen Rohstoffe insofern beschlagnahmt, als sie nur für die Kriegsproduktion Verwendung finden durften. Zur technischen Abwicklung von Ankauf und Verteilung sowie effizientem Einsatz der Rohstoffe agierten auf unterer Ebene „gemeinnützige“, de facto von allen großen Firmen einer Branche selbstverwaltete, jedoch nicht gewinnorientierte Kriegs(rohstoff)gesellschaften – eine originäre „Erfindung“ Rathenaus.<sup>34</sup> Die Kriegsgesellschaften waren, wie als bekannteste unter ihnen die Kriegsmetall AG, i.d.R. mit Kapital der Großindustrie ausgestattet und in der Rechtsform einer privatwirtschaftlichen Aktiengesellschaft organisiert. Ihnen stand ein staatlich bestellter Kommissar mit weitreichenden Lenkungsbefugnissen vor, neben dem wiederum eine von den Handelskammern oder mit Beamten besetzte Schätzungs- und Verteilungskommission wirkte. „Die Kriegsgesellschaften stellten sicher, daß die Rohstoffe vorhanden waren und richtig verteilt wurden. Jede Firma bekam genügend Rohstoffe, um ihre behördlichen Aufträge erfüllen zu können.“<sup>35</sup>

Rathenau musste allerdings schon bald erleben, dass die privatwirtschaftliche Logik keineswegs mit kriegswirtschaftlicher Rationalität einherging und die in den Kriegsgesellschaften organisierten Großunternehmen das Gewinnstreben über den ansonsten wortgewaltig artikulierten Patriotismus stellten.<sup>36</sup> Die Tatsache, dass das Heer in weiten Teilen als einziger Nachfrager auftrat, musste bei gleichzeitiger Ressourcenknappheit so fast zwangsläufig zu auch spekulativ getriebenem, „chaotischem“ Preisanstieg führen. Zum Ärger der Industrie wurden deshalb auf Vorschlag Rathenaus Höchstpreise administrativ festgelegt, womit er „zwangsläufig tiefer als geplant“ in das Wirtschaftsleben eingriff und vor allem der wichtigen Kriegsmetall-Aktiengesellschaft (KMA) Preisfestsetzung und Rohstoffzuteilung

33 Vgl. Wolfgang Brenner: Walther Rathenau. Deutscher und Jude. München/Zürich 2005, S. 321 f.

34 Vgl. Hecker: Walther Rathenau (wie Anm. 12), S. 222.

35 Brenner: Walther Rathenau (wie Anm. 33), S. 321. Vgl. auch Flemming/Ulrich: Heimatfront (wie Anm. 32), S. 125.

36 Vgl. Gerald D. Feldman: Die sozialen und politischen Grundlagen der wirtschaftlichen Mobilmachung 1914–1916. In: Ders.: Vom Weltkrieg zur Weltwirtschaftskrise. Studien zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1914–1932. Göttingen 1984, S. 13–35, hier S. 21.



aus der Hand nahm. Gleichzeitig wuchsen damit Aufgabenkreis und Mitarbeiterstab der KRA, in der sich zudem die Tendenz zu stärkerer staatlicher Reglementierung durchzusetzen begann, was Rathenaus ursprünglichen Intentionen ebenfalls entgegen lief.<sup>37</sup> Insofern war es nur folgerichtig, dass er seine Tätigkeit als Leiter der KRA am 31. März 1915 beendete und Oberst Joseph Koeth sein Nachfolger wurde.<sup>38</sup> Hierzu mag allerdings auch noch die eine oder andere persönliche Kränkung beigetragen haben, wie die Bevorzugung Karl Helfferichs bei der Besetzung des Postens als Staatssekretär im Reichsschatzamt.<sup>39</sup>

Rathenaus Biographen verweisen bei ihrer i.d.R. überschwänglichen Bewertung der Rohstofforganisation im Ersten Weltkrieg auf die Anerkennung, die ihm das Ausland dafür zollte. Die *New York Times* hielt Rathenaus Organisation demnach in einem Artikel vom 11. Oktober 1915 über „A Businessman and War“ für „eine der größten Ideen der modernen Zeiten“. Wenn „man an die Falkenhayns, die Hindenburgs, die Mackensens als die großen deutschen Soldaten denkt, muß eine Persönlichkeit ihnen zur Seite gestellt werden, der deutsche Geschäftsmann Dr. Walther Rathenau.“<sup>40</sup> Tatsächlich hatte eine deutsche Tageszeitung Rathenau zuvor bereits als den „wirtschaftlichen Generalstabschef hinter der Front“ bezeichnet.<sup>41</sup> In England wurde die KRA demnach als Modell begriffen und kriegswichtige Industriezweige – „bei weitem nicht so intensiv und perfekt organisiert wie in Berlin“<sup>42</sup> – in eine staatliche Planwirtschaft überführt, in Sowjetrußland reflektierte man erneut über den Staat als alleinigen Unternehmer. Im Zweiten Weltkrieg schließlich ließ sich Albert Speer als Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion von Rathenaus Rohstofforganisation inspirieren.<sup>43</sup> Zudem hätten – so Schulin – Rathenaus Vorstellungen Eingang in die Nationalökonomie gefunden,

37 Vgl. Hecker: Walther Rathenau (wie Anm. 12), S. 231–235.

38 Vgl. Schulin: Walther Rathenau (wie Anm. 4), S. 71 f.

39 Vgl. Hecker: Walther Rathenau (wie Anm. 12), S. 260–268; Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 13), S. 178 f.

40 Walther Rathenau: Hauptwerke und Gespräche. Hrsg. von Ernst Schulin. München/Heidelberg 1977 (Walther-Rathenau-Gesamtausgabe, Bd. II), S. 561 f.

41 Vgl. Wolfgang Kruse: Kriegswirtschaft und Gesellschaftsvision. Walther Rathenau und die Organisation des Kapitalismus. In: Hans Wilderotter (Hrsg.): Walther Rathenau 1867–1922. Die Extreme berühren sich. Berlin o. J. [1994], S. 151–168, hier S. 151, ohne weitere Angaben zur Zeitung selbst.

42 Brenner: Walther Rathenau (wie Anm. 33), S. 324.

43 Vgl. Wolfgang Michalka: Mitteleuropa, Kriegsrohstoffversorgung und Von kommenden Dingen: Walther Rathenau im Ersten Weltkrieg. In: Ernst Schulin/Wolfgang Michalka: Walther Rathenau im Spiegel seines Moskauer Nachlasses. Heidelberg 1993, S. 23–37, hier S. 31.



„Johann Plenge und Edgar Jaffé, in geringerem Grade auch Werner Sombart und andere, hatten seit Kriegsbeginn [...] von einem Ende der bisherigen individualistischen Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft gesprochen [...]. Wichard von Moellendorff [...] entwickelte sich zu einem leidenschaftlichen Ideologen antiliberaler, zentral dirigierter Wirtschaft.“<sup>44</sup>

Gerald D. Feldman schließlich galt die Kriegsrohstoffabteilung „unbestritten“ als die „erfolgreichste Wirtschaftsorganisation, die während des Krieges in Deutschland geschaffen wurde“.<sup>45</sup> Zu dem Ergebnis, dass sich ökonomische Gesetzmäßigkeiten selbst durch die beste – und bestgemeinte! – Organisation nicht aushebeln lassen, kommt indessen, wer Rathenaus eigene Beurteilung mit der Realität abgleicht. Noch als Leiter der KRA meinte er: „Unsere Güter erzeugt das Inland und das Inland verzehrt sie, aus unseren Grenzen kommt nur das hinaus, was unsere Kanonen hinausschleudern [...]. Unsere Wirtschaft ist die geschlossene eines geschlossenen Handelsstaates.“<sup>46</sup> Durch Rathenaus „eindeutiges“ Bekenntnis zu wirtschaftlicher Liberalität jedoch, zu möglichst großer unternehmerischer Freiheit und zum Recht auf Gewinnerzielung, war es auch nach seinem Rückzug aus der KRA zu keiner weitergehenden Beschränkung der Eigentumsrechte oder zu umfangreicheren Zwangsmaßnahmen gekommen.<sup>47</sup> Und genau das führte nicht nur zu der bereits erwähnten Preisexplosion, vielmehr erwies sich bald auch die von den Kriegsgesellschaften

„zugesagte Kontrolle über die weitere Verwendung der Eisen- und Stahlimporte [...] als Illusion. Als Großbritannien 1916 die Stahlimporte an die neutralen Länder stark einschränkte, [...] stieg die Nachfrage nach deutschem Stahl. Deutsches Eisen gelangte [...] sogar nach Frankreich und Italien. Einige Stahlindustrielle zogen über das ganze Jahr 1916 hinweg den Außenhandel gegenüber dem Binnenabsatz vor.“<sup>48</sup>

### 3. *Im Angesicht der drohenden Räterepublik*

Etwas mehr Erfolg war Rathenau im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Demobilmachung beschieden. Bereits in der Hochphase militärischer Auseinandersetzung und kriegswirtschaftlicher Umorientierung wurden

44 Schulin: Walther Rathenau (wie Anm. 4), S. 74 f.

45 Gerald D. Feldman: *Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914–1918*. Berlin/Bonn 1985, S. 57. Ebenso auch Jürgen Kocka: *Kriegssozialismus? Unternehmer und Staat 1914–1918*. In: Berlin und seine Wirtschaft. Ein Weg aus der Geschichte in die Zukunft – Lehren und Erkenntnisse –, Hrsg. von der Industrie- und Handelskammer zu Berlin. Berlin/New York 1987, S. 155–176, hier S. 160.

46 Zitiert nach Brenner: Walther Rathenau (wie Anm. 33), S. 325.

47 Vgl. Boldorf: *Wirtschaftliche Organisation und Ordnungspolitik* (wie Anm. 32), S. 143.

48 Ebd., S. 160 f.

seit Herbst 1916 im Reich auf verschiedenen Ebenen und unter Beteiligung der Industrie Überlegungen zur Gestaltung der Übergangswirtschaft und der Demobilmachung angestellt. Im Zentrum der Diskussionen stand das im Reichsamt des Inneren eingerichtete Reichskommissariat für Übergangswirtschaft, das den Plan einer „gemeinwirtschaftlichen“ Organisation der deutschen Wirtschaft verfolgte. Noch hoffte Rathenau – ebenso wie Wichard von Moellendorff – offensichtlich, in der Phase des Übergangs seine Vorstellungen von einer „neuen Wirtschaft“ verwirklichen zu können.<sup>49</sup> Doch soziale Frage und militärische Lage sollten diese Hoffnung bald schon zunichtemachen. Die seit Mitte 1917 maßgeblich durch Hans von Raumer, dem späteren Vorsitzenden des Zentralverbandes der elektrotechnischen Industrie, angestoßenen Überlegungen zur Befriedung der Konflikte zwischen Industrie und Arbeiterschaft mündeten nämlich direkt in das später tatsächlich realisierte Demobilmachungskonzept, das dann unter dem Eindruck der unmittelbar bevorstehenden militärischen Niederlage eine Destabilisierung der Wirtschaft verhinderte.<sup>50</sup> Es war schließlich auch die von Raumer maßgeblich mitinitiierte „Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands“ (ZAG), nach den autorisierten Verhandlungsführern auch als Stinnes-Legien-Abkommen bezeichnet, die auf Rathenaus Anregung hin Joseph Koeth, Rathenaus Nachfolger in der KRA, als Leiter der geplanten Demobilmachungsbehörde vorschlug.<sup>51</sup>

Angesichts der von der Dritten Obersten Heeresleitung Anfang Oktober 1918 eingestandenen Niederlage hatte Rathenau zunächst noch eine *levée en masse* gefordert, um in den bevorstehenden Waffenstillstandsverhandlungen auf einen Versöhnungsfrieden hinarbeiten und die Demobilmachung besser organisieren zu können. Vor allem schlug er zur Verhinderung eines Umsturzes nach sowjetischem Vorbild eine abgestufte militärische Demobilisierung vor, um „erheblich bolschewisierte“ Teile der Soldaten noch eine Zeitlang unter Militärkommando in ländlichen Gebieten Arbeiten in der Landschaftspflege verrichten zu lassen. Wie groß seine Angst vor einem linksradikalen Umsturz gewesen sein muss, zeigt auch die Tat-

49 Vgl. Johannes Kleinsorg: Walther Rathenau – seine Rolle in der industriellen Gesellschaft und seine Beziehung zu ausgewählten Soziologen seiner Generation. Diss. Würzburg 1992, S. 117 f.

50 Vgl. Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 13), S. 242–245.

51 Zur Zentralarbeitsgemeinschaft insgesamt vgl. Dieter Krüger: Das Stinnes-Legien-Abkommen 1918–1924. Voraussetzungen, Entstehung, Umsetzung und Bedeutung. Hrsg. von Gesamtmetall – Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie e.V. Berlin 2018.

sache, dass Rathenau wie andere Industrielle schließlich die Freikorpsbewegung finanzieren half.<sup>52</sup> Erst nach zwei Unterredungen mit dem preußischen Kriegsminister Heinrich Schöuch am 8. und 14. Oktober 1918 wurde Rathenau offensichtlich realistischer; anders als von Moellendorff knüpfte er von nun an die Organisation der Demobilmachung nicht mehr an die Verwirklichung seiner gesellschaftlichen Utopie.<sup>53</sup> Seine so ‚entschärften‘ persönlichen Vorstellungen waren mit dem Demobilmachungskonzept der ZAG kompatibel; jenes wurde von der ZAG der noch im Amt befindlichen kaiserlichen Regierung übermittelt, um anschließend durch Erlass des Rates der Volksbeauftragten umgesetzt zu werden. Für Rathenau war damit „der Parlamentarismus, der Verfassungsstaat geboren“;<sup>54</sup> vor allem aber wurde der politische Umsturz verhindert. Der Preis für die Unternehmerseite, für dessen Zahlung sich Rathenau uneingeschränkt eingesetzt hatte, bestand u.a. in der Garantie der Koalitionsfreiheit für die Gewerkschaften, in der Schaffung von Schlichtungsausschüssen in den Betrieben und in der Verpflichtung der Unternehmen, heimkehrende Soldaten in den Arbeitsprozess zu reintegrieren. „Wichtig war auch die von vielen Industriellen erst auf Rathenaus Drängen akzeptierte Einführung des Acht-Stunden-Tages“;<sup>55</sup> nach dessen Worten das „Ideal der organisierten Arbeiterschaft“.<sup>56</sup>

Christian Schölzel spricht in seiner quellengesättigten Rathenau-Biographie von Rathenaus „situationsbedingter Suche“ zum Zeitpunkt des staatlichen Zusammenbruchs: „Angesichts der chaotischen Lage zu Kriegsende ging es ihm bei seinem Beitrag zum Zustandekommen von Demobilisationsamt und ZAG kaum noch darum, seine philosophischen Entwürfe umzusetzen. Vielmehr reagierte er als Industrieller situativ innerhalb der gesamtgesellschaftlichen Krisensituation“<sup>57</sup> – als Sachverständiger also, nicht mehr nur gegenüber dem gelähmten Reichsapparat, vielmehr auch innerhalb der ZAG. Das Ende des Weges vom „entschieden grundsatztreuen Programmatiker zum pragmatisch handelnden Politiker“<sup>58</sup> war damit bereits am Horizont erkennbar.

52 Vgl. Hentzschel-Fröhlings: Walter Rathenau (wie Anm. 6), S. 44 und 69.

53 Vgl. Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 13), S. 248.

54 Zitiert nach ebd.

55 Ebd., S. 249.

56 Kleinsorg: Walther Rathenau (wie Anm. 49), S. 120.

57 Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 13), S. 250.

58 Gall: Walther Rathenau (wie Anm. 20), S. 228.

#### 4. Die Quadratur des Kreises – im Angesicht der Reparationen

Um seine philosophischen Entwürfe, um eine „allgemeine Reform des gesamten deutschen Wirtschaftslebens“, ging es Rathenau auch als Wiederaufbauminister im ersten Kabinett Wirth nicht mehr,<sup>59</sup> wie er in seiner ersten Rede in dieser Funktion vor dem Reichstag am 2. Juni 1921 erklärte. Als Reichsminister für Wiederaufbau hatte sich Rathenau mit der Erfüllung der wirtschaftlichen Forderungen aus dem Versailler Vertrag zu beschäftigen, besonders mit den Sachlieferungen in die kriegszerstörten Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens. Mit der Problematik der Reparationen war er vorher schon in Berührung gekommen, beispielsweise als Kohlensachverständiger der Reichsregierung für die Konferenz von Spa. Zuvor hatte er sich als Mitglied der Sachverständigenkommission, die die deutschen Gegenvorschläge für die Londoner Konferenz ausarbeiten sollte, zudem vergeblich für eine Übertragung der alliierten Schulden in den USA auf das Deutsche Reich stark gemacht. Dadurch hätten sich die Staaten der Entente umgehend ihrer kriegsbedingten Schulden entledigt, während das Reich vergleichsweise niedrig verzinsten amerikanischen Anleihen hätte bedienen können. Der Vorschlag einer Transformation der Versailler Reparationspflicht einschließlich der damit verbundenen Sanktionsmöglichkeiten in ein privatrechtliches Schuldverhältnis war ein Coup zur Entpolitisierung der Reparationsfrage.<sup>60</sup> Rathenau war damit einer der wenigen Sachverständigen mit einem konsistenten Konzept zur Lösung der Reparationsfrage, das zudem voll und ganz auf die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft vertraute.<sup>61</sup> Es sollte nicht sein einziger Vorschlag bleiben, um zu einer Verständigungspolitik zu gelangen.<sup>62</sup>

Auch für den Wiederaufbau der im Krieg zerstörten Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens, zu dem der Versailler Vertrag das Deutsche Reich neben zunächst nicht genauer festgelegten Entschädigungszahlungen verpflichtete, verfolgte Rathenau ein ökonomisch fundiertes Konzept, um zu

59 Zitiert nach Schulin: Walther Rathenau (wie Anm. 4), S. 111. In diesem Sinne auch Rathenau selbst: Walther Rathenau: Das Wiesbadener Abkommen. Rede am 9. November 1921 [im Reichswirtschaftsrat]. Mit einem einführenden Kommentar von Ursula Mader. Leipzig 2003, S. 25 und S. 48. Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 13), ist – in diesem Fall nicht auf Akten gestützt – entgegengesetzter Meinung, beispielsweise auf S. 311 und S. 313.

60 Vgl. Hentzschel-Fröhlings: Walther Rathenau (wie Anm. 6), S. 127. Vgl. auch Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 13), S. 307 f.

61 Vgl. Hentzschel-Fröhlings: Walther Rathenau (wie Anm. 6), S. 128. Zu vergleichbaren Vorstellungen, beispielsweise dem Seydoux-Plan, vgl. Peter Krüger: Die Außenpolitik der Republik von Weimar. Darmstadt, 2<sup>1993</sup>, S. 116–122.

62 Vgl. Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 13), S. 309 f.

einer Verständigung mit den Alliierten zu gelangen. Letzteres schloss eventuelle Korrekturen im Friedensvertrag ebenso ein wie eine Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen.<sup>63</sup> Seine Vorschläge, die er Matthias Erzberger früh unterbreitete, beinhalteten sogar die Entsendung von arbeitsverpflichteten Arbeitskräften für die Aufbauarbeit in Frankreich.<sup>64</sup> Etwa zeitgleich hatten unter Rathenaus Beteiligung überdies erste Gespräche deutscher und französischer Industrieller hinsichtlich des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete in Frankreich stattgefunden; aber im Reich war er als Kandidat für ein Ministeramt zur Umsetzung seiner Pläne zu dieser Zeit noch nicht durchsetzbar.<sup>65</sup>

Nach seinem Amtsantritt als Reichsminister kam es dann aber umgehend zu ersten direkten ministeriellen Verhandlungen mit dem französischen Wiederaufbauminister und Elektroindustriellen Louis Loucheur. Ergebnis der zunächst geheimen Gespräche war das Wiesbadener Protokoll vom 6./7. Oktober 1921.<sup>66</sup> Die darin enthaltenen Absprachen sahen für die Dauer von vier Jahren privatwirtschaftliche Sachlieferungen im Wert von bis zu sieben Mrd. Goldmark vor, die zunächst nur zu 35 Prozent auf die Reparationsforderungen angerechnet werden sollten. Die sich daraus ergebenden deutschen Überschüsse sollten verzinst und ab 1926 von Frankreich entgolten werden, eine volle Anrechnung der Lieferungen auf dem Reparationskonto wurde für die Zeit ab 1936 in Aussicht gestellt. Die spätere Anrechnungsmöglichkeit ergab sich aus der Tatsache, dass Frankreich wegen seiner interalliierten Schulden nach wie vor auf eine Teilleistung in Devisen angewiesen war.<sup>67</sup> Rathenau sollte sich später im Reichswirtschaftsrat hierfür ausführlich rechtfertigen:

„Nun hätte ich sehr gewünscht, dass es möglich gewesen wäre, die Franzosen dazu zu veranlassen, diese Sachleistungen, die wir ihnen geben, sofort in vollem Umfange gutzuschreiben. Das war der einzige Punkt, bei dem ich meinerseits eine Konzession habe machen müssen. Ich beglückwünsche Sie, meine Herren, wenn

63 Vgl. Hecker: Walther Rathenau (wie Anm. 12), S. 463 f.

64 Vgl. ebd., S. 464.

65 Vgl. Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 13), S. 310 f.

66 Vgl. Der Reichsminister für Wiederaufbau an den Reichstag, G 3928/21, 10. Oktober 1921. Wiesbadener Protokoll vom 6. Oktober 1921, betreffend deutsche Sachlieferungen an Frankreich. In: Verhandlungen des Reichstags. 1. Wahlperiode 1920, Bd. 369. Anlagen zu den Stenographischen Berichten. Berlin 1924, Nr. 2792. Vgl. hierzu auch Dirk Hainbuch: Das Reichsministerium für Wiederaufbau 1919 bis 1924. Die Abwicklung des Ersten Weltkrieges: Reparationen, Kriegsschäden-Beseitigung, Opferentschädigung und der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte. Frankfurt am Main/Bern/Bruxelles u.a. 2016, S. 315–327.

67 Vgl. Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 13), S. 319; Hentzschel-Frölings: Walther Rathenau (wie Anm. 6), S. 152.

es Ihnen im Leben möglich gewesen ist, Verträge ohne Konzession zu schließen. Ich habe bisher immer nur Verträge mit Gegenkonzession schließen können. Das ist der einzige Punkt, in dem wir eine Konzession haben machen müssen. Wir werden hintendrein sehen, ob diese Konzession so groß war, wie unsere Kritiker es hinstellen.

Es ist also tatsächlich von uns die Leistung übernommen worden, zur Wiederaufbautätigkeit beizutragen, allerdings gegen die Konzession einer gewissen Stundung. Diese Stundung war für Frankreich notwendig, weil sie [d.h. die Franzosen – d. Verf.] eine Anzahl an Barmitteln von uns zu bekommen haben. Ob sie diese bekommen werden, ist sehr zweifelhaft; denn das ist ganz klar, dass in zwei, drei Jahren die Reparationsforderungen, die man heute von uns erwartet, nicht geleistet sein werden – einfach, weil sie nicht geleistet werden können. [...] Aber gleichviel, sie sagten sich: Wenn wir den Wiederaufbau euch zur Verfügung stellen, so müssen wir von euch die Konzession haben, dass wir eine gewisse Stundung verlangen, denn wir sind nicht imstande, unsere ganzen Ansprüche mit einem Mal zu streichen. [...] Ich bin der Überzeugung, dass mein Gegenkontrahent Loucheur bei dieser Gelegenheit nicht daran gedacht hat, von uns noch erhebliche Geldleistungen zu bekommen, sondern dass er sich lediglich gedacht hat: Ich wünsche eine Anzahl von Sachleistungen zu bekommen und nicht in eine schwierige Abrechnung mit der Reparationskommission zu geraten, wenn ich in einem Jahre etwas zu viel erhalten habe.“<sup>68</sup>

Das Wiesbadener Abkommen selbst war mit allerlei detailreichen Vorkehrungen versehen; zu seiner Umsetzung schuf das Reich eine privatrechtliche Körperschaft, über die die französischen Kriegsgeschädigten das benötigte Baumaterial direkt bei deutschen Produzenten bestellen konnten.<sup>69</sup> Frankreich hatte dafür zu sorgen, dass die Lieferungen ausschließlich für den Wiederaufbau verwendet wurden, die deutschen Lieferanten mussten anschließend von der deutschen Regierung in deutscher Währung entschädigt werden.<sup>70</sup> Vor allem aber entlastete die Vereinbarung das Reich für den fraglichen Zeitraum von Zahlungen in – dem Staat fehlenden<sup>71</sup> – Devisen an Frankreich, und sie vermochte die deutsche Industrie wieder auf einem Auslandsmarkt einzuführen. Infolge des britischen Argwohns,<sup>72</sup> Frankreich könne als Gläubiger bevorzugt bedient werden, schien sich sogar die endgültige Festsetzung der Reparationshöhe anzubahnen.<sup>73</sup>

Ähnlich wie der Vorschlag Rathenaus zur Übertragung alliierter Schulden in den USA auf das Reich hätte auch die Kommerzialisierung der Reparationen nach dem Wiesbadener Protokoll zu einer Entpolitisierung

68 Rathenau: Wiesbadener Abkommen (wie Anm. 59), S. 30 f.

69 Vgl. ebd., S. 31–46.

70 Vgl. Harry Graf Kessler: Walther Rathenau. Sein Leben und sein Werk. Wiesbaden 1962, S. 313; Hentzschel-Frölings: Walther Rathenau (wie Anm. 6), S. 154.

71 Vgl. Rathenau: Wiesbadener Abkommen (wie Anm. 59), S. 26.

72 Vgl. Mader: Wiesbadener Abkommen (wie Anm. 59), S. 18.

73 Vgl. Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 13), S. 319.

der Reparationsfrage beitragen können.<sup>74</sup> Wegen der zunächst freiwilligen Zusatzleistungen wurde das Abkommen allerdings – wie die „Erfüllungspolitik“ allgemein – von konservativen Kreisen und der deutschen Schwerindustrie heftig kritisiert.<sup>75</sup> Dies offensichtlich aber auch, weil deutsche Industrielle den Export ihrer Güter über den freien Markt sowie den damit verbundenen Devisenrückfluss an die Privatwirtschaft bevorzugten, ohne dass dem Reich anschließend durch entsprechende Transaktionen Devisen in ausreichendem Umfang für Reparationszahlungen zur Verfügung gestellt worden wären – wie Rathenau selbst noch als Wiederaufbauminister hatte feststellen müssen.<sup>76</sup> Die französische Industrie wiederum fürchtete die deutsche Konkurrenz und wollte den aus ihrer Sicht ertragreichen Wiederaufbau selbst bewerkstelligen. Zudem sah man in Frankreich, dass mit dem Wiesbadener Abkommen „die Reparationsfrage als ‚Handhabe‘ zur Wiederaufnahme der Politik der Rheingrenze entwertet“ wurde.<sup>77</sup> Und selbst die Alliierte Reparationskommission war zunächst strikt gegen ein deutsch-französisches Abkommen, da sie ihre Rechte, die Reparationszahlungen zu regeln und zu kontrollieren, zumindest beschnitten sah.<sup>78</sup>

Rathenau hatte aus Gründen der Staatsraison vor allem nach vertrauensbildenden Lösungsansätzen für die europäischen Nachkriegsprobleme gesucht. Mit Blick auf die wechselseitigen Abhängigkeiten der europäischen Volkswirtschaften war das Wiesbadener Abkommen für Rathenau insofern auch die Basis für weitere mögliche Übereinkünfte mit anderen Staaten, wobei er neben der Entente ausdrücklich an Exportvereinbarungen mit Sowjetrußland dachte.<sup>79</sup> Tatsächlich wurde das in Wiesbaden vereinbarte Modell der Reparationszahlungen mit dem Cuntze-Bemelmans-Abkommen vom 27. Februar 1922 auf weitere Siegerstaaten übertragen,<sup>80</sup> doch zu einer grundlegenden Lösung des Problems kam es nicht. Eine tragfähige technische Lösung des Reparationsproblems lag für Rathenau ohnehin nicht im Bereich des Möglichen:<sup>81</sup> „Die Weltwirtschaft wird eines Tages

74 Vgl. Schulin: Walther Rathenau (wie Anm. 4), S. 114.

75 Vgl. Hentzschel-Fröhlings: Walther Rathenau (wie Anm. 6), S. 155–171.

76 Vgl. Rathenau: Wiesbadener Abkommen (wie Anm. 59), S. 26 und 35.

77 Hugo Ferdinand Simon: Reparation und Wiederaufbau. Berlin 1925, S. 121.

78 Vgl. Hentzschel-Fröhlings: Walther Rathenau (wie Anm. 6), S. 153.

79 Vgl. Mader: Wiesbadener Abkommen (wie Anm. 59), S. 9 und S. 15.

80 Vgl. Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 13), S. 320.

81 Vgl. Rede des Ministers des Äußern Dr. Rathenau. In: Stuttgarter Reden. Reden des Reichskanzlers Dr. Wirth und des Reichsministers Dr. Rathenau anlässlich des Besuchs bei der Württembergischen Staatsregierung am 9. Juni 1922. Berlin 1922, S. 19–29. Zu einzelnen Details vgl. Walther Rathenau: Cannes und Genua. Vier Reden zum Reparationsproblem. Berlin 1922.



das non possumus aussprechen, und diesen Moment werden wir erleben.“<sup>82</sup> Rathenau war dementsprechend auch davon überzeugt, dass die restlose Erfüllung der Reparationsforderungen die Weltwirtschaft sehr viel mehr schädigen würde als das Reich selbst, was der britische Ökonom John Maynard Keynes schon früh erkannt und öffentlich bekundet hatte.<sup>83</sup> Dahingehend kam dem Wiesbadener Protokoll eine doppelte Funktion zu.

„Wenn der Plan sich als durchführbar erwies, sollte er den Wiederaufbau, aber auch den Handelsverkehr zwischen beiden Ländern in schnellen Fluß bringen, die Stimmung verbessern, die Atmosphäre für weitere Verhandlungen und Verständigungen schaffen, die Mark vor weiterem Verfall sichern; wenn er aber undurchführbar war, weil Frankreich eine so große Warenmenge nicht aufnehmen konnte, dann war durch ein praktisches Experiment bewiesen, daß die von Deutschland einzutreibende Kriegsentschädigung nicht nur an der Leistungsfähigkeit Deutschlands, sondern auch an der Aufnahmefähigkeit der Alliierten eine Grenze hatte.“<sup>84</sup>

Und genau in diesem Sinne erwies sich das Wiesbadener Abkommen tatsächlich als nicht umsetzbar, damit die Reparationsfrage als Ganzes nicht lösbar, so dass auch die eigentlich zur Lösung dieses Problems anberaumte Weltwirtschaftskonferenz in Genua im Jahr 1922 aus dem *circulus vitiosus* keinen Ausweg weisen sollte.<sup>85</sup>

## 5. Epilog

Weil die französischen Wiederaufbauggebiete zu jener Zeit für französische Industrielle den ertragreichsten Markt darstellten, bewegten sich die im Reich abgerufenen Sachlieferungen in einer zu vernachlässigenden Größenordnung. Wenn von Frankreich etwa 1922 anstatt eines Milliarden-Volumens nur Sachlieferungen im Wert von 19 Mio. Goldmark angefordert wurden,<sup>86</sup> schied dieses Land demnach als „Ablagerungsstätte“ für Güter, als Kern einer ansatzweisen Lösung der Reparationsfrage, aus. Nach Rathenau war es nämlich erforderlich,

82 Die deutsche Industrie und die Wiedergutmachungsfrage. Bericht über die dritte Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (München, 27. bis 29. September 1921). Berlin 1921, S. 14.

83 Vgl. John Maynard Keynes: Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages. München/Leipzig 1920.

84 Kessler: Walther Rathenau (wie Anm. 70), S. 313 f.

85 Vgl. Berglar: Walther Rathenau (wie Anm. 7), S. 242.

86 Vgl. Kessler: Walther Rathenau (wie Anm. 70), S. 314.

„für alle Lieferungen, die in Sachleistungen gemacht werden, Ablagerungsstätten zu finden, das heißt, diese Güter nicht auf den flottierenden Weltmarkt zu bringen, sondern an solche Stellen, wo sie nicht wieder hervorkommen, wo sie tatsächlich investiert werden und weder unseren eigenen Gütern noch auch den Gütern der Welt eine schwere Konkurrenz machen können.“<sup>87</sup>

Eine mögliche weitere – Sachlieferungen für die Weltwirtschaft ‚neutralisierende‘ – Ablagerungsstätte sah Rathenau schließlich in Sowjetrußland. Ihm ging es in diesem Zusammenhang nun nicht (mehr) um eine deutsch-russische Übereinkunft als politisches Gegengewicht in der internationalen Mächtekonstellation oder um den Anschluss an seine zu Beginn des Krieges formulierten Vorstellungen einer mitteleuropäischen Zollunion.<sup>88</sup> Auch ging es jetzt nicht (mehr), wie während des Krieges, um ein gewinnträchtiges Absatzgebiet für die deutsche Industrie im Allgemeinen oder die elektrotechnische Industrie und der AEG im Besonderen. Sowjetrußland war für ihn nun ein „wirtschaftspolitisches Objekt“ besonderer Art geworden: „Deutsche Privatgesellschaften sollten ermuntert werden, die zusammengebrochene russische Industrie wiederaufzubauen; die Gewinne sollten direkt auf das englische Reparationskonto gezahlt werden.“<sup>89</sup> In diesem Sinne hatte Rathenau seinem Verhandlungspartner Loucheur in Wiesbaden mit der Gründung internationaler Konsortien sogar ein gemeinsames deutsch-französisches Vorgehen in Sowjetrußland vorgeschlagen. Diesem erschien das dortige wirtschaftliche und politische Chaos indessen zu groß, als dass Rußland wieder in die Weltwirtschaft hätte integriert werden können.<sup>90</sup>

„Dieses Konzept, den Krieg zu liquidieren und die europäische Wirtschaft zu beleben mit dem Ziel, stabile politische Verhältnisse zu schaffen, konnte [...] über erste Ansätze (z.B. Wiesbadener Abkommen 1921) hinaus, nicht realisiert werden. Auch Rathenaus Plan, das wirtschaftlich und politisch isolierte Rußland dem europäischen Markt zu öffnen und als unverzichtbaren Partner für eine stabile, weil kollektiv garantierte Friedensordnung zu gewinnen, mißlang. Der in Rapallo beschlossene deutsch-russische Alleingang war ein Notbehelf und entsprach keineswegs Rathenaus Vorstellungen.“<sup>91</sup>

Rathenau blieb zunächst noch aktiv an der Planung eines internationalen Konsortiums zum Wiederaufbau Russlands, folglich ebenso an Plänen zur Nutzung des russischen Absatzgebietes, beteiligt – auch nach seinem

87 Rathenau: Wiesbadener Abkommen (wie Anm. 59), S. 28.

88 Vgl. hierzu ausführlich Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 13), S. 182–188.

89 Schulin: Walther Rathenau (wie Anm. 4), S. 114.

90 Vgl. Hentzschel-Fröhlings: Walther Rathenau (wie Anm. 6), S. 149 f.

91 Michalka: Mitteleuropa, Kriegsrohstoffversorgung (wie Anm. 43), S. 27.

Rücktritt als Wiederaufbauminister.<sup>92</sup> Infolge der Entscheidung zur Teilung Oberschlesiens trat nämlich das erste Kabinett Wirth mit Rathenau am 25. Oktober 1921 zurück. Christian Schölzel führt die Demission Rathenaus jedoch sowohl auf den zunehmenden Entzug industrieller Unterstützung infolge des Wiesbadener Abkommens, als auch auf dessen Mitwirkung an Planungen für eine staatliche Reparationsanleihe auf das private Industrievermögen zurück.

„Durch eine Zwangsbeteiligung des Fiskus an der Industrie beziehungsweise eine Anleihe auf das Anlagevermögen der deutschen Unternehmen würde der Staat neue Sicherheiten zur Tilgung der Reparationsschuld erhalten. Zudem sollten neue Steuern erhoben werden. Eine Reihe von Industrievertretern sperrte sich gegen diese Maßnahmen, da sie etatistische Eingriffe in das Privateigentum – möglicherweise unter Mitwirkung der Alliierten – ablehnten und nicht in den befürchteten Staatsbankrott hineingezogen werden wollten.“<sup>93</sup>

Ohne parteipolitische Hausmacht war Rathenau als situativer Krisenmanager und Wirtschaftssachverständiger somit immer nur so weit erfolgreich, wie es die Großindustrie als Machtfaktor im staatlichen Gefüge zuließ.<sup>94</sup> Unter diesen Bedingungen konnte die Organisation der Kriegswirtschaft nach Rathenaus Vorstellungen zunächst gelingen, ebenso wie die wirtschaftliche Demobilmachung mit dem Zugeständnis des Achtstundentages an die Arbeiterschaft unter seiner maßgeblichen Beteiligung die frühe Republik zu stabilisieren vermochte. Übertreffende, weil visionäre und zugleich realwirtschaftlich umsetzbare Vorstellungen entwickelte er zur partiellen Lösung und vor allem zur politischen Entschärfung der Reparationsfrage. Einmal, indem er vorschlug, die alliierten Schulden in den USA zwecks Entpolitisierung auf das Reich zu übertragen; zum Zweiten, indem nach seinen Vorstellungen mit Sachlieferungen für den französischen Wiederaufbau wahlweise die Leistungsfähigkeit des Deutschen Reiches (für innenpolitische Zwecke) oder aber (im Verhältnis zu den Alliierten) die fehlende Aufnahmefähigkeit der internationalen Märkte für deutsche Waren hätte bewiesen werden können; und zum Dritten, weil mit den von ihm avisierten Gewinnen der deutschen Industrie aus dem Wiederaufbau Sowjetrusslands englische Reparationsforderungen hätten beglichen werden können.

92 Vgl. Boris Grekow: „Rußland ist unser künftiges Absatzgebiet“. Walther Rathenau und Rußland zwischen 1914 und 1922. In: Wilderott: Die Extreme berühren sich (wie Anm. 41), S. 203–208, hier S. 207.

93 Schölzel: Walther Rathenau (wie Anm. 13), S. 322.

94 Vgl. Hentzschel-Fröhling: Walther Rathenau (wie Anm. 6), S. 30; dazu auch Sebastian Teupe: Zeit des Geldes. Die deutsche Inflation zwischen 1914 und 1923. Frankfurt/New York 2022, S. 120.

Rathenaus visionären Plänen setzte die Großindustrie jedoch ihr Veto entgegen. Der Stinnes-Biograph Peter Wulf stellt dazu fest, Rathenau habe auf die Zukunft gesetzt, während die Schwerindustrie „der Konfrontation der Vergangenheit verhaftet“ geblieben sei.<sup>95</sup> Wenngleich die neuere Forschung das Verhalten der Schwerindustriellen im Allgemeinen und Hugo Stinnes’ im Besonderen differenzierter betrachtet,<sup>96</sup> übersahen diese doch offensichtlich das Geniale des Wiesbadener Protokolls: Dass nämlich am französischen Beispiel die fehlende Aufnahmefähigkeit der internationalen Märkte für deutsche Waren – als Voraussetzung für den in Devisen zu erbringenden Reparationsdienst – bewiesen werden konnte. Dem Land, dem er mit dieser überragenden Strategie hatte dienen wollen und zu dessen Gunsten er die weitere Verfolgung seiner wirtschaftsphilosophischen Utopie unterordnete, wäre Einiges erspart geblieben, hätte er nicht – wie er selbst bereits Ende des Jahres 1918 einmal feststellte – „stets das Unglück [gehabt], daß seine Meinungen für die Allgemeinheit immer etwas zu früh“<sup>97</sup> kamen – was diese ihm ganz offensichtlich übel nahm.

95 Vgl. Peter Wulf: Hugo Stinnes. Wirtschaft und Politik 1918–1924. Stuttgart 1979, S. 321.

96 Vgl. Teupe: Zeit des Geldes (wie Anm. 94), S. 119 f.

97 Hecker: Walther Rathenau (wie Anm. 12), S. 465, offensichtlich mit Bezug auf einen in der Bergisch-Märkischen Zeitung erschienenen Artikel mit dem Titel „Richard Wagner und der Krieg“.

